

KLARtext



Die vierte Ausgabe der "KLARtext"

Im Zeitalter von "alternativen Fakten" und "Fakenews" ist es umso wichtiger, Informationen unterschiedlicher Medien zu betrachten. Hier also unser Beitrag zur Objektivierung der verfügbaren Informationen. Nach wie vor sind wir ehrenamtlich unterwegs und schaffen nicht jeden Briefkasten, aber alle Informationen sind auf der **SPD** Seite www.spd-luedersdorf.de nachzulesen. Gerne dürfen Sie die Ausgabe auch an Ihre Nachbarn weiterreichen.

Global denken - Lokal handeln

In der Gemeindevertretersitzung vom 22. März 2018 beantragte die **SPD** Lüdersdorf einen Verzicht von Glyphosat und anderen Pestiziden für alle Flächen, die sich im Eigentum und Besitz der Gemeinde befinden.

Unsere Intention hierbei war es, zum Wohle unserer Bürger einen ersten Schritt in Richtung nachhaltige Bewirtschaftung von Ackerflächen sowie gesunde und giftfreie Landschaften zu gehen.

Auch wenn die Ackerflächen derzeit noch verpachtet sind, könnten wir schon jetzt die Weichen für eine Neuverpachtung stellen.



Dass es mit der CDU-Mehrheit in der Gemeindevertretung eine schwierige Debatte würde, war von vornherein zu erwarten, doch die Realität sprengte dann unsere schlimmsten Befürchtungen.

Bürgermeister Huzel hatte Kreisvertreter des Bauernverbandes, ohne Ankündigung, eingeladen. Vertreter anderer Organisationen, wie z.B. Nabu, BUND oder Vertreter unseres Landesumweltministeriums fehlten. Eine Grundlage für eine ausgewogene Debatte war somit ausgeschlossen.

Diese einseitige Informationspolitik der CDU kommt einer Beeinflussung der Gemeindemitglieder gleich und entspricht genau der Art von Lobbypolitik, die wir ablehnen.

Aber damit nicht genug. Die CDU Fraktion war sich nicht zu schade für polemische Beiträge und persönliche Beleidigungen. Dadurch war ein sachlicher Findungsprozess gescheitert. Wir entschlossen uns daher, den Antrag vorläufig zurückzuziehen, bis eine sachlich orientierte Diskussion möglich ist.

Sehr enttäuschend war hier auch das Verhalten der Fraktion „Die LINKE“, denn obwohl sie einen bundesweiten Beschluss zum Glyphosatverbot haben und CSU Minister Schmidt mehr als kritisieren, wies Frau Sandmann lediglich darauf hin, dass die EU ja schließlich eine Verlängerung um 5 Jahre beschlossen hat und solche Dinge auf anderer Ebene entschieden werden müssen und nicht in unserer Gemeinde.

WIE BITTE?? Wir als Gemeinde sollen also keine Autonomie in unseren Entscheidungen haben? Wir als Gemeinde dürfen also nicht für die Zukunft unsere Kinder Beschlüsse fassen? Wir als Gemeinde können also nicht unserem Auftrag gerecht werden, der uns durch das Land und den Bund gesetzlich vorgegeben wird? (s. Info-Box)

Auszug aus dem Bundesnaturschutzgesetz:

§2 Verwirklichung der Ziele

(4) Bei der Bewirtschaftung von Grundflächen im Eigentum oder Besitz der öffentlichen Hand sollen die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege in besonderer Weise berücksichtigt werden.

Auszug aus dem Naturschutzgesetz Mecklenburg Vorpommern:

§1 Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

(1) Aus der Verantwortung für künftige Generationen sind Natur und Landschaft im besiedelten und unbesiedelten Raum als Lebensgrundlage des Menschen und als Voraussetzung für seine Erholung ... zu schützen, zu pflegen, zu erhalten und, soweit erforderlich, wiederherzustellen...

§5 Grundstücke der öffentlichen Hand.

(1) Land, Landkreise, Gemeinden und sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts sowie juristische Personen des Privatrechts, soweit sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen, haben bei der Bewirtschaftung der in ihrem Eigentum oder Besitz stehenden Grundstücke die Ziele und die Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.

Wir als **SPD** hier in unserer Gemeinde, werden nicht nachlassen, uns für Ökologie und Landschaftsschutz einzusetzen. Wir werden nicht nachlassen, neue Wege für unsere Gemeinde vorzuschlagen und zu fordern. Wir wollen auf die Frage unserer Kinder und Enkel in der Zukunft: „Was habt Ihr denn getan?“ antworten können: „Wir haben gekämpft und nicht nachgelassen, die Umwelt zu erhalten und zu schützen!“

Fakten zum Pestizideinsatz:

Gift für den Boden:

Glyphosat ist das weltweit am häufigsten eingesetzte Pflanzengift. Auch in Deutschland wird es auf den Äckern in großen Mengen verwendet. Marktführer ist dabei „Roundup“ von Monsanto. 5000 bis 6000 Tonnen des Stoffes bringen Landwirte jedes Jahr aus, vor allem zur „Stoppelbearbeitung“ im Herbst. An zweiter Stelle steht die Anwendung vor der Aussaat im Frühjahr, um das Unkraut auf den Äckern abzutöten.

Und was soll auf diesen Böden gepflanzt werden?

Ziel der Agrarchemiekonzerne ist es, ihre gentechnisch veränderten Nutzpflanzen auch bei uns durchzusetzen. Die allein vertragen nämlich den Gift-Cocktail. Der Profit liegt allein bei den Konzernen, wir alle hingegen haben unter den Folgen dieser Anbaumethoden zu leiden.

Gift für den Menschen:

2015 hat die Weltgesundheitsorganisation Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ für den Menschen eingestuft. Es kann sich dazu negativ auf das menschliche Hormonsystem auswirken und damit irreversible Auswirken auf eine Schwangerschaft haben.

.. und die Natur:

Es werden ganze Lebensräume durch Pflanzengifte zerstört. Weniger Wildpflanzen auf und neben den Ackerflächen bieten weniger Nahrung für Insekten. Diese sind Hauptnahrung für andere Tiere wie etwa Vögel und Amphibien. Die Gifte gelangen in unser Grundwasser und in unsere Bäche und Flüsse.

Richtet sich ein Verbot nicht gegen die Landwirte?

Nein,

Deutschland ist ein wissenschaftlich hoch entwickeltes Land, in dem viele intelligente Verfahren zum Schutz von Kulturpflanzen ohne Pestizideinsatz zur Praxisreife gebracht wurden. U.a. Verfahren des biologischen Landbaus machen vor, wie gesunde Nahrungsmittel ohne Schädigung unserer weiteren Lebensgrundlagen erzeugt werden können.

Das Redaktionsteam:



Anett Frank



Petra Zacharias

Impressum:

Herausgeber SPD Ortsverein Lüdersdorf
ViSdP: Anett Frank, Petra Zacharias
Redaktionsadresse: Forstweg 11
23923 Herrmburg

Im Gegenteil:

Auch für die Gesundheit der Landwirte und Landarbeiter ist eine Pestizidreduktion von Vorteil. Es kann zudem für die Landwirte selbst nur von Vorteil sein, den Teufelskreis der Abhängigkeiten von weltweit agierenden monopolistischen Chemiekonzernen zu durchbrechen.

Wir wünschen uns für unsere Gemeinde eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Wir wollen mit unserem Antrag eine Agrarpolitik stützen, die umwelt- und sozialverträgliche Arbeitsplätze in der Gemeinde schafft und erhält.

Wir wollen in einer Landschaft leben, die eine reiche Artenvielfalt hat, blühende Felder und gesunde Rinder auf den Weiden.

Wir wollen, dass auch kleine Agrar- und Familienbetriebe unabhängig von Monsanto und ähnlichen Konzernen, überlebensfähig bleiben.

Wir wollen keine kilometerweiten Monokulturen aus Raps- und Maisanbau. Und wir wollen die Flächen, die im Besitz und Eigentum der Öffentlichkeit sind, so gut es geht auch für die nachfolgenden Generationen schützen und erhalten.

Daher:

Der **SPD** Ortsverein Lüdersdorf plant eine Informationsveranstaltung zu dem Thema: Glyphosat und Pestizide in der Landwirtschaft. Termin und Ort werden wir zeitnah bekannt geben.

INFOBOX
SPD

Gemeindevertretung : siehe Seite 1

Bauausschuss: Den Lückenschluss vom Radweg an der L02 zwischen Gewerbegebiet und Wahrsow haben wir geschafft.

Finanzausschuss: Der Haushalt 2018 wird wieder nicht zeitnah in Kraft treten. Die Gemeinde steht wieder mit einem Minus da. Dennoch soll die Gemeinde sich mit einem **3,000,000 €** (3 Millionen!) Euro-Kredit für ein Industrie-/Gewerbegebiet weiterverschulden! Macht es tatsächlich Sinn, zu unseren Lasten Gewerbegebiete zu erschließen, in denen sich dann (wie gegenwärtig) Firmen ansiedeln, die der Gemeinde keinerlei Gewerbesteuererinnahmen bescheren?

Sozialausschuss: Die neue Kita in Herrmburg wird im Mai 2018 eröffnet. Hurra!

Es entstehen **Krippenplätze** für 24 Kinder in 2 Gruppen und **Kindergartenplätze** für 45 Kinder in 3 Gruppen. Das größte Problem nach wie vor ist der Mangel an Erzieherinnen und Erziehern.

Zum guten Schluss:

Im *Mai 2019 sind Kommunalwahlen*. Eine neue Chance, die Mehrheitsverhältnisse in der Gemeindevertretung zu ändern. Für eine ausgewogene Haushaltspolitik, die Gewinne erwirtschaftet, und nicht nur Schuldenberge anhäuft und für einen ökologischen Wandel.